

## Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 19.09.2012  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:55 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Götze, Horst

#### **SPD-Fraktion**

Burfeind, Heidrun für Elfriede Meyer  
Grix, Helga  
Meyer, Lina  
Roß-Boeters, Fenke  
Stöhr, Friedrich

#### **CDU-Fraktion**

Kronshagen, Heinrich  
Ohling, Albert

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Lechner, Katja  
Marsal, Andrea

#### **FDP-Fraktion**

Eilers, Hillgriet

#### **Beratende Mitglieder**

Dietrich, Jürgen  
Geerken, Rainer  
Grix, Wilhelm (17:02 bis 18:35 Uhr)  
Hempel, Rainer  
Hollander, Volkmar (ab 17:05 Uhr)  
Kröger-Vodde, Erasmus  
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian  
Steinmeyer, Elke  
Wittmaier, Alla

#### **von der Verwaltung**

Tempel, Doris  
Decker, Ubbo Dr. (bis 18:45 Uhr)  
Meyer, Karl-Ingo  
Snakker, Kerstin

#### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

#### **Gast**

Graf, Wilfried

## Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.09.2012

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Götze** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 11.07.2012

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.07.2012 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Umsetzung des Ergebnisses aus der in 2011 beschlossenen und durch die Firma Analyse & Konzepte vorgenommenen Mietwerterhebung im Gebiet der Stadt Emden  
Vorlage: 16/0400

**Frau Tempel** erklärt, in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales sei das Thema „Umsetzung des Ergebnisses aus der in 2011 beschlossenen und durch die Firma Analyse & Konzepte vorgenommenen Mietwerterhebung im Gebiet der Stadt Emden“ bereits sehr ausführlich diskutiert worden. Die Vorlage sei dann an die Fraktionen verwiesen worden. Aber nicht nur die Fraktionen hätten sich mit der Thematik befasst, auch die Verwaltung habe sich intern noch einmal überlegt, wie das Ergebnis sozialverträglich umgesetzt werden könne. Dieses sei auch das Anliegen der Ausschussmitglieder gewesen. Es sollte durch die Anwendung der neuen Miethöhen bei den Sozialhilfeempfängern nicht zu einer Verschlechterung ihrer Wohnsituation kommen. Von daher gehe die Verwaltung mit einem abweichenden Beschlussvorschlag in die heutige Sitzung, der dann insgesamt diskutiert werden könne.

## Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.09.2012

Frau Tempel verliest anschließend den abweichenden Beschlussvorschlag:

„Die sich aus der Mietwerttabelle Variante I (Median) ergebende maximale Brutto-Kaltmiete in der Rubrik „Neu“ wird mit Wirkung vom Ersten des Folgemonates auf den Beschluss des Rates im Gebiet der Stadt Emden als verbindliche Richtlinie in den Bereichen des SGB II und SGB XII auf alle Neuansträge und Umzugsbegehren angewandt. Für Bestandsfälle, deren Kosten der Unterkunft zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits über den in der Rubrik der Mietwerttabelle „Alt“ genannten Betrag liegen, ist nach Ablauf der gültigen Bewilligungsabschnitte ebenfalls die maximale Brutto-Kaltmiete in der Rubrik „Neu“ zu Grunde zu legen. Für Bestandsfälle, deren Kosten der Unterkunft unter Anwendung der Mietwerttabelle, Rubrik „Alt“ bis dato angemessen sind, wird bis zur nächsten Fortschreibung der Mietwerttabelle Bestandsschutz gewährt. Notwendige Anpassungen der Mieten sind sozialverträglich umzusetzen. Zum Zeitpunkt der Entscheidung hat die Verwaltung die Wirtschaftlichkeit und Zumutbarkeit besonders zu prüfen. Den Leistungsempfängern ist bei der Wohnungssuche persönliche Hilfe und Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte anzubieten.

Im Gesundheits- und Sozialausschuss wird erstmals nach einem Jahr über die Entwicklung berichtet.

Eine Fortschreibung der Werte erfolgt nach 2 Jahren unter Anwendung eines bundesweiten Mietindex.“

**Herr Götze** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Frau L. Meyer** stellt heraus, es herrsche bereits Unruhe bei einigen Leistungsempfängern, da viele Wohnungsbaugesellschaften diese Tabelle gesehen und die Miete angehoben hätten. Es hätten auch junge Familien und Alleinerziehende einen Bescheid bekommen. Da die Wohnung nunmehr zu teuer sei, müssten sie sich eine andere Wohnung suchen. Teilweise gehe es hier lediglich um 14 €.

**Herr Meyer** entgegnet, dieses Problem sei der Verwaltung bekannt. Ob jedoch die Mieterhöhung aufgrund der Veröffentlichung der Werte vorgenommen worden sei und die Vermieter nunmehr in einen Bestandsschutz kommen wollten, könne von ihm nur vermutet und nicht beurteilt werden. Der vorgelegte Beschluss würde vorsehen, dass sozialverträglich und wirtschaftlich geprüft werde, ob eine Aufforderung zur Senkung der Unterkunfts-kosten in Zukunft erfolgen würde. Herr Meyer erklärt anhand eines Beispiels, dass eine Aufforderung, die Miete um monatlich 14 € zu senken, nicht wirtschaftlich sei. Wenn dieses in der Vergangenheit passiert sei, bedauere er es. Die Mitarbeiter im Jobcenter haben klare Vorgaben, die im Augenblick noch vorsehen, dass man sowohl eine feste Höhe bei den Unterkunfts-kosten, Heizkosten und bei der Quadratmeterzahl habe. Wenn einer dieser Werte überschritten werde, würde gegenwärtig aufgefördert werden, umzuziehen.

Weiter führt Herr Meyer aus, in Zukunft sei die sogenannte Produkttheorie zu berücksichtigen, die durch das Bundessozialgericht festgelegt worden sei. Demnach seien die Nettokaltmiete und die Betriebskosten insgesamt zu betrachten und auf einen Quadratmeter herunterzurechnen. Herr Meyer erläutert anschließend die Berechnung des angemessenen Wohnraums.

**Frau Eilers** erklärt, ihr erscheine der jetzt aufgezeigte Weg durchaus gangbar zu sein, zumal die Berechnungsgrundlage transparenter für die Personen sei, die darauf angewiesen seien, dass dieses wohlwollend geprüft werde. Ebenso entscheidend sei eigentlich auch das Beratungs- und Unterstützungsangebot. Insofern sei dieses ein Kompromiss, der seitens ihrer Fraktion unterstützt werden könne.

## Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.09.2012

**Frau Marsal** bezieht sich auf ein Schreiben des Sozialpsychiatrischen Verbundes in Emden, welcher hier im Ausschuss durch ein beratendes Mitglied vertreten sei. Sie habe nicht das Gefühl, dass in der letzten Sitzung ein wirklich schlüssiges Konzept seitens der Firma Analyse & Konzepte vorgestellt worden sei. Sie habe darum gebeten, Hintergrundwissen zu bekommen, wie diese Zahlen ermittelt worden seien. Ihrer Ansicht nach sei dieses nicht erfolgt. Frau Marsal zitiert aus dem Schreiben des Sozialpsychiatrischen Verbundes, der ein Zusammenschluss vieler Einrichtung in der Versorgungslandschaft in Emden für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen ist. Dieser habe gesagt: „Eine Angemessenheitsregelung setzt voraus, dass örtlich tatsächlich ausreichend Wohnungen zu denen als angemessen bezeichnen Bedingungen zur Verfügung stehen und anmietbar sind. Deswegen bezweifeln wir, dass die Untersuchung in einem irgendwie repräsentativen Umfang bei unseren Klienten stattgefunden hat.“ Frau Marsal bezieht sich auf das Bundessozialgericht, welches gesagt habe, es müsse ein schlüssiges Konzept zu Grunde gelegt werden. Ihrer Meinung nach würde es in Emden im Moment kein schlüssiges Wohnraumkonzept für diese Klientel geben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe beschlossen, dieser Umsetzung nicht zuzustimmen und würde einen runden Tisch fordern, bei dem die Firma Analyse & Konzepte die Ergebnisse noch einmal fachlich und politisch vermitteln. Sie nehme an, dass es Teil in dem mit der Stadt Emden geschlossenen Vertrag gewesen sei, dass genau erklärt werde, wie man zu diesen Zahlen gekommen sei. Zu diesem runden Tisch seien neben den Wohnungsbaugesellschaften, die Fraktionen und die beratenden Mitglieder einzuladen.

Bezüglich des abweichenden Beschlusses erklärt Frau Marsal, die notwendigen Anpassungen müssten sozialverträglich umgesetzt werden. Auch sei es eigentlich selbstverständlich, dass den Leistungsempfängern bei der Wohnungssuche persönliche Hilfe und Unterstützung angeboten werde. Sie fragt an, welches Personal für diese Tätigkeit zur Verfügung gestellt werde. Da dieses eine Kostenfrage sei, bitte sie noch einmal zu bedenken, ob dieser Beschluss wirklich heute so gefasst werden müsse, zumal er weitreichende Folgen habe.

**Herr Graf** fragt an, ob ausreichender Wohnungsbestand in Emden zur Verfügung stehen würde. Weiter erkundigt er sich nach der Übernahme der Heizkosten.

**Frau Eilers** stellt heraus, die Stellungnahme des Sozialpsychiatrischen Verbundes würde ihrer Fraktion nicht vorliegen.

**Frau Tempel** führt aus, der Entwurf der Dokumentation über die durchgeführte Mietwerterhebung der Firma Analyse & Konzepte liege vor, die endgültige Fassung werde in Kürze erwartet. Im Wesentlichen habe Herr Strege jedoch in der letzten Sitzung des GSO ausführlich vorgetragen, wie die Mietwerttabelle erarbeitet worden sei. Er habe in der Sitzung vorgestellt, welche Erhebungen durchgeführt worden seien und wie die Ergebnisse bewertet und in das Ergebnis eingeflossen seien. Es seien nicht nur Abfragen bei den Vermietern durchgeführt, sondern auch Mieter befragt worden. Dabei habe man natürlich nicht auf einzelne Personengruppen, wie psychisch erkrankte Personen usw. abgestellt. Die vorliegende PowerPoint-Präsentation sei mündlich sehr kompetent vorgestellt worden und Fragen aus dem Ausschuss seien abschließend beantwortet worden. Sie fasst zusammen, es sei eine Mietpreiserhebung nach den Vorgaben des Bundessozialgerichts durchgeführt worden. Frau Tempel bemerkt, das Ergebnis könne für einzelne Personengruppen vielleicht nicht überzeugen, dass der Auftragnehmer hier jedoch nicht fachlich korrekt gearbeitet habe, weise sie zurück. Es sei sichergestellt, dass hier entsprechende Erhebungen durchgeführt worden seien, die repräsentativ seien und als Grundlage genommen werden könnten und Rechtssicherheit hätten. Von der Richtlinie nicht erfasst sind besondere Problemlagen über die bereits bisher und auch künftig im Einzelfall zu entscheiden sei.

**Herr Meyer** erklärt, die Heizkosten seien in diesem Verfahren überhaupt nicht gefragt und nur informationshalber mit erhoben worden, da sie keinen Einfluss auf diese Regelung hätten. Das Bundessozialgericht habe gesagt, wenn kein Heizkostenspiegel vorhanden sei, gelte der bun-

## Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.09.2012

desweite Heizkostenspiegel. Ab einem bestimmten Wert dürfe vermutet werden, dass ein unangemessenes Heizverhalten vorliege. Dieser Wert würde im Augenblick in Emden bei 1,42 € pro qm liegen. Wenn man sich nunmehr die Ausarbeitung der Firma ansehen würde, könne man erkennen, dass man wesentlich darunter liegen würde. Natürlich werde bei Überschreitung der Heizkosten darauf hingewiesen, dass nur die maximal angemessenen Heizkosten übernommen würden.

**Frau Marsal** ist erstaunt darüber, dass das Schreiben des Sozialpsychiatrischen Verbundes nicht an Fraktionen gegangen sei. In diesem Schreiben würden Politik und Verwaltung noch einmal aufgefordert, über den Vorschlag nachzudenken und die Mietwerttabelle noch einmal genauestens zu untersuchen. Sie bittet darum, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen.

**Frau Tempel** bemerkt, bei den Vertretern des Sozialpsychiatrischer Verbund handele es sich um Fachleute in dem Bereich sozialpädagogischer oder psychiatrischer Arbeit. Es seien keine Experten für die Erarbeitung einer rechtssicheren Mietwerttabelle oder eine Mietspiegels. Diese Fachlichkeit habe sich die Verwaltung selbst nicht zugetraut und ein Fremdunternehmen beauftragt. Die Argumente, die in der Stellungnahme des SPV enthalten seien, würden im Zusammenhang mit der hier zu entscheidenden Angelegenheit ins Leere gehen. Dies insbesondere da die Tabelle eben gerade dann nicht zur Anwendung kommt, wenn im Einzelfall zum Zeitpunkt der Entscheidung festgestellt wird, dass entsprechender Wohnraum nicht zur Verfügung steht. Ihrer Ansicht nach sollte man das Verfahren nicht weiter verzögern.

Weiter führt Frau Tempel aus, bezüglich der sozialpädagogischen Begleitung habe man gesagt, es mache Sinn, entsprechende Verhandlungen mit Vermietern zu führen, damit Betroffene, die dazu nicht in der Lage seien, Unterstützung erhalten würden. Da die Verwaltung nicht über entsprechende Fachkräfte verfüge, könne sie diese Begleitung nicht selber leisten. Es sei überlegt worden, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Tagesaufenthaltes, die bereits bei der Entmietung des westlichen Glaspalastes tätig geworden seien, helfend eingreifen könnten. Die Kosten würden dann mit dem Träger abgerechnet, um tatsächlich zukünftig sowohl den Interessen der Sozialhilfeempfänger als auch den Interessen der Steuerzahler gerecht zu werden, die einen Anspruch darauf haben, dass die zustehenden Sozialleistungen wirtschaftlich erbracht werden.

**Herr Geerken** verliest die Stellungnahme des DGB-Vertreters. „Der DGB-Stadtverband hat sich auf seiner Sitzung am 10.09.2012 mit der o. g. Vorlage befasst. Die Gewerkschaften lehnen grundsätzlich Streichungen und Kürzungen von Leistungen bei Berechtigten nach SGBII/SGBXII ab. Bezogen auf die o. g. Vorlage hat der DGB-Stadtverband beschlossen, den stimmberechtigten GSO-Ausschussmitgliedern und dem Rat der Stadt Emden zu empfehlen, die Vorlage abzulehnen und sich auch weiterhin des bisherigen bundesweit durch die Sozialgerichte anerkannten Verfahrens (Wohngeldtabelle und Sicherungszuschlag) für die Bemessung der KdU zu bedienen.“

**Herr Kronshagen** erkundigt sich, wie viele Haushalte nach der neuen Tabelle umziehen müssten und wie hoch die Ersparnis der Stadt Emden dadurch sei.

**Herr Meyer** bemerkt, diese Frage sei schwierig zu beantworten. Im Augenblick könne festgestellt werden, in wie vielen Fällen Bedarfsgemeinschaften den dann gültigen Wert überschreiben würden. Der Vorschlag der Verwaltung würde jedoch vorsehen, Bestandsschutz zu gewährleisten. Im Augenblick würden 311 Fälle über den alten Grenzen liegen. Herr Meyer erläutert dann ausführlich, wie diese Statistik zustande gekommen sei.

Herr Meyer verliest dazu ein aktuelles Urteil des Sozialgerichtes Aurich. Dort sei nach Auffassung des Gerichts sowie des Landessozialgerichts Niedersachsen/Bremen und des Bundesso-

## **Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.09.2012**

zialgerichts zum jeweiligen Wert der Wohngeldtabelle dieser 10 %iger Sicherheitszuschlag hinzuzurechnen, wenn ein sogenanntes schlüssiges Konzept des Jobcenters fehlen würde. Dieses schlüssige Konzept habe die Verwaltung nunmehr durch die Firma Analyse & Konzepte erarbeiten lassen und vorgelegt.

Herr Meyer weist darauf hin, dass die Firma Analyse & Konzepte im gesamten Gebiet der Stadt Emden die Daten repräsentativ erhoben habe. Es seien alle möglichen Vermieter und Mieter befragt worden, so wie man das aus allen anderen statistischen Erhebungen gewohnt sei. Von daher könne er daran nichts Unrechtes erkennen.

**Frau L. Meyer** erklärt, ihre Fraktion habe sich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt und auch an diesem abweichenden Beschluss mitgearbeitet. Sie stellt den Antrag, die Vorlage erneut in die Fraktionen zu verweisen, sie im Verwaltungsausschuss vorzubereiten, um dann in der Ratssitzung am 11.10.2012 einen Beschluss fassen zu können.

**Herr Graf** stellt heraus, laut Aussage der Firma Analyse & Konzepte sei nur der bewohnte Wohnraum geprüft worden. Seiner Meinung nach sollte auch der Leerstand mit einbezogen werden. Aus diesem Grunde bitte er um erneute Prüfung.

**Herr Hempel** erklärt, nach der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales habe sich eine Gruppe von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zusammengesetzt und über diese neue Entwicklung beraten. Vor allem habe man deutlich machen wollen, dass man sich Sorgen machen würde, wenn es zu diesen Kürzungen käme. Niemals hätte man den Anspruch gehebt, die besseren Datenerheber zu sein, wenn es um die Angemessenheitsrichtwerte gehen würde. Herr Hempel erklärt, schon jetzt würde es Probleme geben, wenn Klienten aus dem psychosozialen Bereich begleitet würden, um Wohnungen zu organisieren. Die Stellungnahme des Sozialpsychiatrischen Verbandes sei lediglich eine Information an die Fraktion, um noch einmal an diesen Themen weiter zu diskutieren. Seiner Meinung nach habe es in der letzten Sitzung von Seiten der Fraktionen noch viele Fragen gegeben, die auch von dem Mitarbeiter der Firma Analyse & Konzepte nicht alle beantwortet worden seien. Warum diese Stellungnahme nicht an alle Fraktionen verschickt worden sei, sei ihm nicht bekannt. Er bedauere dieses. Es gehe darum, dass die Sozialarbeiter aufgrund ihrer Praxiserfahrungen Zweifel und Befürchtungen hätten.

**Herr Götze** stellt abschließend fest, es würde der Antrag der SPD-Fraktion vorliegen, die Vorlage noch einmal in die Fraktionen zurückzugeben und dann im Verwaltungsausschuss den Beschluss für die Ratssitzung am 11.10.2012 vorzubereiten. Seitens der Verwaltung werde hierzu eine neue Beschlussvorlage erstellt.

**Beschluss:** Verweisung an die Fraktionen

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 6**                    Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Altenhilfe – nicht projektgebunden;  
                                 - Zuschüsse 2012  
                                 Vorlage: 16/0438

**Frau Snakker** erläutert die Vorlage.

**Frau Tempel** ergänzt, in der Ratssitzung am 26.04.2012 sei das Verzeichnis der in der Altenhilfe tätigen Organisationen, Einrichtungen und Dienste gemäß § 5 sowie der nicht organisierten Einzelpersonen gemäß § 1 Abs. 3 der Satzung über die Bildung des Seniorenbeirates be-

## Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.09.2012

schlossen worden. In diesem Beschluss sei u. a. auch der AWO Ortsverein Emden-West nicht aufgeführt. Wie bereits besprochen, könne dieses in der nächsten Ratssitzung nachgeholt werden. Somit könne man auch eine Möglichkeit finden, die jetzt nicht berücksichtigten Vereine und Verbände ebenfalls im Rahmen der offenen Altenhilfe im Nachhinein zu fördern. Sie bittet darum, den jetzt vorliegenden Beschluss zu fassen, damit die Vereine und Verbände ihre Zuschüsse pünktlich erhalten könnten.

**Herr Hollander** fragt an, ob im Rahmen eines Widerspruchsverfahrens die Möglichkeit bestehe, nachträglich diese Gelder einzuwerben.

Nach Ansicht von **Frau Tempel** werde kein formelles Widerspruchsverfahren benötigt. Es würde eine verwaltungsinterne Absprache erfolgen, inwieweit die Nachmeldung erfolge.

Auf die Frage von **Frau Eilers**, um welche Träger es sich bei den Posten „Fit bis ins hohe Alter“ und „Lange Aktiv Bleiben“ handeln würde, antwortet **Frau Snakker**, einerseits handele es sich um das reformierte Gemeindehaus Twixlum und andererseits um die LAB Gemeinschaft im Landesverband Niedersachsen.

**Frau Marsal** erkundigt sich, ob es auch wie im letzten Jahr projektbezogene Zuschüsse für die Altenhilfe geben würde.

**Frau Snakker** entgegnet, das Geld würde zur Verfügung stehen. Bislang seien jedoch keine Anträge gestellt worden.

**Beschluss:** Der Verwaltungsausschuss beschließt über die fristgerecht eingegangenen Anträge auf Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Seniorenarbeit – nicht projektgebunden - für das Jahr 2012 wie in der Anlage zur Vorlage 16/0438 dargestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1
----------------	-----------------	-----------------

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 7**                    Finanzielle Förderung von Vereinen und Verbänden für soziale und gesundheitliche Aufgaben  
Vorlage: 16/0439

**Frau Snakker** erläutert die Vorlage.

**Herr Götze** bedankt sich für die Ausführungen.

**Ergebnis:**            Kenntnis genommen.

## Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.09.2012

**TOP 8** pro familia Beratungsstelle Emden mit Nebenstelle Leer –Tätigkeitsbericht  
Vorlage: 16/0440

**Frau Jacobs** gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation einen Tätigkeitsbericht über die pro familia Beratungsstelle Emden mit der Nebenstelle Leer. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Götze** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Eilers** erklärt, sie habe vor einigen Tagen das Flüchtlingsbüro kargah e. V. in Hannover besucht und sei erstaunt darüber gewesen, wie viele Menschen dort betreut würden und wie sehr diese Einrichtung in Anspruch genommen würde. Sie fragt an, ob es bei pro familia auch Hilfesuchende geben würde, die interkulturelle Barrieren überbrücken müssten und ob es Dolmetscher geben würde.

**Frau Jacobs** entgegnet, sie habe bereits Kontakt mit dem kargah e. V. in Hannover gehabt, da sich dieser Verein auch sehr gegen Zwangsverheiratungen einsetzen würde. Weiter führt sie aus, große Probleme würde es beim Dolmetschen geben, da oftmals ganz offensichtlich von der Klientin mitgebrachte Dolmetscher nicht korrekt übersetzen würden. Da jedoch kein Geld vorhanden sei, um einen Dolmetscher bezahlen zu können, sei pro familia darauf angewiesen, dass die Migrantinnen ihre Dolmetscher selber mitbringen würden.

**Frau Eilers** weist darauf hin, dass dieses Problem mit Hilfe von Integrationslotsen gelöst werden könne. Ihrer Ansicht nach müsste das Projekt unbedingt befördert werden, denn nur durch vertrauensvolle Beziehungen könnte man tatsächlich auch die Zusammenarbeit mit der pro familia entscheidend bereichern.

**Frau Marsal** erkundigt sich, wo sich das Müttercafé befinden würde.

**Frau Jacobs** erklärt, das Müttercafé sei eine Einrichtung, die sich in der „Alten Post“ befinden würde und inzwischen zwei Gruppen junger Mütter mit ihren Kindern umfasse. Diese hätten dort in einer lockeren Atmosphäre die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Kontakte zu bekommen. Weiter werde dieses Forum genutzt, um dort auch andere Inhalte wie z. B. Erziehungsberatung vorzustellen.

**Frau Lechner** bemerkt, in Deutschland habe die Zahl der schwangeren Obdachlosen stark zugenommen. Sie fragt an, wie die Situation in Emden sei.

**Frau Jacobs** entgegnet, die den letzten beiden Jahren habe es drei schwangere Obdachlose in Emden gegeben. Eine Mutter habe man mit viel ehrenamtlichen Engagement in einer Wohnung unterbringen können, in der allerdings noch viel gemacht werden musste. Frau Jacobs bemerkt, oftmals brauche man einen schnelleren und unbürokratischeren Zugang zu den Hilfen, die man den betroffenen Klienten ermöglichen müsse. Sie würde es sehr begrüßen, wenn für solche Notfälle eine Wohnung in Emden zur Verfügung stehen würde.

**Frau Grix** schlägt Frau Jacobs vor, mit dem Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Emden Kontakt aufzunehmen, da dort eine Frau beschäftigt sei, die Integrationsarbeit leiste. Zudem seien dort weitere Frauen beschäftigt, die auch bei der Übersetzung helfen könnten.

Frau Grix berichtet von einem Termin, den sie gemeinsam mit Herrn Götze und der Verwaltung im Frauenhaus wahrgenommen habe und bei dem es auch um Obdachlose gegangen sei. Sie sei sehr erstaunt darüber gewesen, dass diese Stelle bei der Verwaltung besetzt gewesen sei und moniert, dass die Verwaltung den Rat über diese Stellenbesetzung nicht informiert habe.



## **Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.09.2012**

**Frau Tempel** erklärt, die Stelle würde es seit Jahren geben. Der bisherige Mitarbeiter sei jedoch in den Ruhestand getreten und ein anderer Mitarbeiter habe dieses Aufgabengebiet übernommen.

**Frau Wittmaier** schlägt hinsichtlich des Übersetzungsproblems vor, sich an den Integrationsrat zu wenden. Auch von dort aus könne Abhilfe geschaffen werden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 9** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**TOP 10** Anfragen

Gesundheitsbericht

**Frau L. Meyer** fragt an, wann es den nächsten Gesundheitsbericht geben würde.

**Herr Dr. Decker** entgegnet, dieser sei bereits in Arbeit.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.